

Interfraktioneller Antrag

Die Mitglieder des Orchesterausschusses waren am 21.02.2024 überrascht, dass weder eine Sitzungsvorlage zur Umbenennung in „Bodensee Philharmonie“ noch zur Zeitschiene Haustarifvertrag vorgelegt wurde.

Der Orchesterausschuss ist davon ausgegangen, dass die im Rahmen des Prüfauftrags besprochenen Themen „Umbenennung der SWP“ sowie der „Haustarifvertrag“ von der Interimsleitung weiterverfolgt werden.

Der Gemeinderat am 29.02.2024 möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. die Umbenennung der Südwestdeutschen Philharmonie in Bodensee Philharmonie zur Spielzeit 2024/2025 vorzubereiten.

2. Vorbereitungen zu treffen, um baldmöglichst über den Abschluss eines Haustarifvertrages in Verhandlungen einzutreten zu können und die Verhandlungsergebnisse dem Gemeinderat anschließend zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Die Umbenennung der Südwestdeutschen Philharmonie in Bodensee Philharmonie stellt einen eindeutigen Herkunftsbezug der Philharmonie zur Bodenseeregion her. Die bisherige Namensgebung ist dagegen wenig identitätsstiftend.

Südwestdeutschland ist bereits kein eindeutig abgrenzbares Gebiet. Neben dem gesamten Bundesland Baden-Württemberg umfasst das Gebiet „Südwestdeutschland“ im allgemeinen Sprachgebrauch zumindest auch Teile von Rheinland-Pfalz, Hessen und des Saarlandes.

Personalrat und Orchestervorstand haben Interesse am Abschluss eines Haustarifvertrages signalisiert. Mit dem Abschluss eines Haustarifvertrages könnten einvernehmlich verbindliche Regelungen zu den Arbeits- und Einsatzzeiten getroffen werden. Daran sollte insbesondere die Stadt ein Interesse haben. Die derzeitige Bereitschaft in der Belegschaft für Veränderungen sollte genutzt werden. Im Übrigen wurde in der Gemeinderatssitzung am 26.10.2023 die Verhandlung eines neuen Haustarifvertrags mit großer Mehrheit beschlossen (SV 2023-3472/1).

Beide Themen wurde in dem im Oktober letzten Jahres vorgelegten Prüfbericht als wesentliche Maßnahmen dargestellt, um mehr Erträge erzielen zu können. Ebenso sind sie laut Bericht Voraussetzung dafür, um den ernsthaften Versuch unternehmen zu können, weitere Zuschussgeber (und damit die finanzielle Entlastung des städtischen Haushaltes) gewinnen oder mindestens „Verlässliche Partnerschaften“ in der Bodenseeregion eingehen zu können, ebenso mit dem Ziel, mehr Erträge zu erzielen. Dies ist eindeutig im Interesse der Stadt.